

**Demonstration „Atomkraft- Nein Danke! – Erneuerbare Energien jetzt!“
Samstag 5.11. in Lüneburg**

Sven Giegold (attac)

Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Freundinnen und Freunde,

die energiepolitische Diskussion rund um die Koalitionsverhandlungen ist unerträglich. Der massive Verbrauch von Klimakillern wie Öl, Kohle und fossilem Gas wird als Vorwand benutzt, um den Weiterbetrieb und perspektivisch sogar Ausbau der Atomenergie zu rechtfertigen.

Dabei bleibt festzustellen: Der massenhafte Ausstoß von Klimakillern ist genauso ein Verbrechen wie der Betrieb von Atomkraftwerken.

Atomkraftwerke verstrahlen Menschen von der Produktion des Urans – darunter viele Entwicklungsländer - bis zur Lagerung von Atommüll. Die Verbreitung von atomwaffenfähigem Material ist genauso wenig auszuschließen wie Terroranschläge.

Klimawandel gefährdet schon heute durch Trockenheit und Naturkatastrophen das Leben der Bevölkerung in den trockenen Gebieten Afrikas, Asiens, Lateinamerikas sowie in den weltweiten Küstenregionen allen voran den Inseln im Pazifik.

Atomkraftwerke aus Klimagründen länger zu betreiben, ist etwa so, wie das Morden zur Verringerung des Brandschatzens fortzusetzen.

Dieses Denken in falschen Alternativen hat in Zeiten des Neoliberalismus Hochkonjunktur. Auch in die Köpfe vieler kritischer ZeitgenossInnen hat sich diese Seuche eingefressen.

In Bezug auf die scheinbare Wahl zwischen Atomenergie und Klimakillern bedeutet das:

Die erneuerbaren Energien müssen so rasch wie möglich ausgebaut werden, zusätzlich jedoch brauchen wir einen konsequenten Kurs zur Einsparung von Energie. Wir können es nicht länger Konzernen überlassen, welche Kraftwerke sie bauen, wie viel Autos verbrauchen und ob Häuser gedämmt werden oder nicht.

Während Rot-Grün die Erneuerbaren entscheidend voran gebracht hat, ist bei der Energieeinsparung fast nichts passiert. Die Techniken für Energieeffizienz sind da:

* Verbindliche Standards für den Spritverbrauch von Autos. Die Konzerne bauen immer spritfressendere Autos. Wir wollen Regeln, die den Spritfressern Bremsen anlegen.

* Tempolimit auf Autobahnen

* Investitionsprogramm zur Gebäudesanierung, besonders in Mietshäuser

- * Schluss mit unökologischen Subventionen wie der Eigenheimzulage, die lauter einzelstehende Häuser mit hohem Energieverbrauch fördert, Steinkohlesubventionen, stattdessen braucht es Besteuerung von Flugbenzin, Umsatzsteuer auf Flugverkehr, usw.
- * Top-Runner-Programm wie in Japan: Der Energieverbrauchswert des effizientesten Gerätes auf dem Markt muss innerhalb von zwei Jahren von allen anderen Anbietern automatisch eingehalten werden.
- * Leerlaufverbrauch in Höhe von AKW-Leistungen durch Stand-by-Betrieb,
- * Warnhinweise auf energiefressende Geräte
- * Nutzung der Kraftwärmekopplungstechnik wie in Schweden

Sicher für einiges auf dieser Liste ist die EU zuständig. Genau dort tritt jedoch Deutschland immer wieder auf die Bremse, wenn es um Regeln für Konzerne und ihre Produkte geht.

So versucht derzeit die deutsche Bundesregierung gemeinsam mit anderen Ländern verbindliche Ziele für die Minderung des Energieverbrauches zu verhindern, wie sie vom EU-Parlament gefordert werden.

Die EU-Richtlinie zur Kennzeichnung des Spritverbrauchs von Autos beim Kauf wurde in Deutschland besonders lasch umgesetzt, so dass sie nun wirkungslos ist.

Beim europäischen CO₂-Emissionshandel wurden die Zertifikate so ausgegeben, dass kein Anreiz entsteht, schmutzige Kohlekraftwerke durch saubere Kraftwerke zu ersetzen. Wer neue Dreckschleudern baut oder alte Kraftwerke durch neue ersetzt, bekommt die Verschmutzungszertifikate kostenlos! Nur deshalb hat RWE jetzt das neue Braunkohlekraftwerk Neurath gebaut!

All das zeigt: Effektive Energieeinsparung ist möglich. Die Technologien sind da. Damit sie angewendet werden, brauchen wir jedoch nicht nur freiwillige Vereinbarungen und Preisanreize. Vielmehr muss gelten: Wer Schmutz macht, hat die Pflicht damit auf zu hören oder es auf ein Minimum zu beschränken. Konzerne, die Autos bauen, Vermieter, die Wohnungen vermieten und Hersteller und Verkäufer von energiefressenden Geräten müssen endlich Energieschranken angelegt werden!

Warum passiert das alles nicht? Die Ideologie, dass der Staat sich aus der Wirtschaft raushalten soll, dass der Markt immer die beste Lösung ist, hat sich in den Köpfen festgesetzt. Auch die Umweltbewegung hat sich zu sehr auf die Ökosteuer konzentriert und das Potential von klaren Grenzen und Regeln vergessen.

Das gleiche erleben wir heute im Bereich sozialer Gerechtigkeit. Soziale Standards im Gesundheitsbereich, die mit einem Bruchteil der Wirtschaftsleistung in den fünfziger Jahren noch finanzierbar waren, sollen heute nicht mehr zu halten sein. Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer sind angeblich nicht mehr machbar.

Hier zeigt sich das gemeinsame Interesse aller sozialen und ökologischen Bewegungen: Der Neoliberalismus als Ideologie muss gebrochen werden. Der wirtschaftlichen Globalisierung müssen soziale und ökologische Zügel angelegt werden.

Solange das sich nicht ändert, wird es nicht besser werden. Heute hat man manchmal den Eindruck, viele ruhen sich schon aus, weil Rot-Schwarz nicht so schlimm ist wie Schwarz-Gelb.

Ich sage Euch: Egal wer in Europa regiert, die Richtung der Politik ist überall die gleiche: Soziale Rechte und Ökologie werden auf dem Altar der internationalen Wettbewerbsfähigkeit geopfert.

Im Umweltbereich stehen nun im Bereich Atom und Gentechnik in der Landwirtschaft die nächsten Einschnitte an.

Im Sozialbereich droht die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die weitere Senkung der Unternehmenssteuern. Bei der Rente sollen selbst KleinrentnerInnen keine Rentenerhöhungen bekommen....

Im Bereich der Entwicklungspolitik soll das erst jüngst international gegebene Versprechen, die Entwicklungshilfe zu erhöhen, wieder einmal gebrochen werden.

Diese Richtung der Politik lässt sich nur aufhalten, wenn wir zwei Grenzen überwinden:

Die Grenze zwischen den verschiedenen Bewegungen und die Grenze zwischen den Ländern.

Das Ende der neoliberalen Globalisierung werden wir nur international, mindestens europäisch, durchsetzen können. Das wird und nur gelingen, wenn wir alle gemeinsam die Alternativen schaffen!

Der nächste Schritt für uns ist, neue atomare Zumutungen nicht hin zu nehmen und den Druck für die Abschaltung der Atomkraftwerke aufrecht zu halten. Auch deshalb stellen wir uns quer.